



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/102- 3.5.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Berlin bangt um seine Zukunft	S. 1
Südafrika vor schweren Unruhen	S. 3
Zu Wilhelm Piecks 1.Mai-Drohung	S. 4
Polemik um Labour-Entscheidung	S. 6

Zur Haltung der Regierungsparteien in der Frage der deutsch-alliierten Verträge erhielten wir aus Berlin folgende Zuschrift:

Deutsche Sorgen

Ob und wie weit die kritischen oder ablehnenden Stellungnahmen von Vertretern der Regierungsparteien ein politisches Gewicht haben werden, wenn es im Bundestag um das Ja oder Nein geht, bleibt abzuwarten. Nach 2 3/4 Jahren parlamentarischer Arbeit in Bonn wissen wir um die robuste Stärke der Klammern, mit denen die Koalition zusammengehalten und jede interne Auseinandersetzung in ihren Reihen mit der Bejahung des Willens Dr. Adenauers abgeschlossen wird. Es spricht also zunächst einmal wenig dafür, daß die gegenwärtige Auseinandersetzung der Koalition über die Verträge im Bundestag politische Wirkungen haben wird. Man sollte also den Stimmen aus den Regierungsparteien darum auch in einer anderen Richtung eine Bedeutung zuerkennen, nämlich dahingehend, daß sie ein Zeichen der zusätzlichen Sorgen sind, vor die sich jetzt alle Deutschen gestellt sehen.

Werden die Verträge, deren Unzulänglichkeit oder Unannehmbarkeit nun selbst von Sprechern der Regierungsparteien bestätigt worden ist, nicht noch viel schlimmere Wirkungen haben, als zu bestätigen, daß die Bundesrepublik weder souverän, noch gleichberechtigt, noch im Inneren uneingeschränkt autonom sein soll? Im Volk besteht die berechtigte Angst, daß mit diesen Verträgen nicht nur auf eine Vereinigung mit der Ostzone für lange Zeit verzichtet wird und 18 Millionen Deutsche der sowjetischen Gewaltherrschaft preisgegeben bleiben und Frankreich dann, wenn es nichts mehr von Deutschland bekommen will, die letzten Schritte zur Abtrennung der Saar unternehmen wird, sondern es besteht auch die Sorge, daß die Wirkungen der Verträge bis zur Gefährdung Berlins reichen. Es liegen genug Anzeichen dafür vor, daß die Russen auf die Deklarierung des Standpunktes hinauswollen, daß die Westmächte einseitig das Potsdamer Abkommen de facto außer Kraft gesetzt hätten und damit auch die in Potsdam

getroffenen Vier-Mächte-Vereinbarungen hinfällig wären.

Was geschieht, wenn die Russen von diesem Standpunkt aus zu neuen und scharfen Aktionen gegen Berlin ansetzen, während sie gleichzeitig die "Integration" der Ostzone in den kommunistischen Machtbereich gefestigt haben? Welcher deutsche Abgeordnete könnte sein Gewissen ignorieren, wenn es ihn an die Verlängerung der Gewalt Herrschaft über 18 Millionen Landsleute, an die Fortdauer der Abtrennung der Saar, an die möglichen Gefahren für Berlin und deren denkbare weitere Auswirkungen erinnert? Die politische und die christliche Verantwortung in diesen Fragen würde, selbst bei annehmbarem Inhalt dieser Verträge von einem isoliert westdeutschen Standpunkt aus, die Haltung der Volksvertreter beeinflussen müssen. Aber auch für die Bundesrepublik ist das vorliegende Vertragswerk absolut unannehmbar. Die Abgeordneten der Regierungsparteien sind um ihre Gewissenskonflikte zwischen Befolgung des Willens Dr. Adenauers und der Erkenntnis von der Gefährlichkeit dieses Willens nicht zu beneiden. Die Verträge sind ja im Grunde ein für absehbare Zeit bleibender Ersatzfriedensvertrag mit der Bundesrepublik, die mit ihrer Unterzeichnung und Ratifizierung in Wahrheit vor einer noch weitertragenden Entscheidung steht, als sie der Versailler Vertrag einem geeinten und nichtbesetzten Deutschland abverlangte.

So, wie die namentliche parlamentarische Abstimmung über diese Entscheidung keinen Fraktionszwang kennen darf und jeder Abgeordnete sein Votum nach der Verantwortung vor seinem Gewissen und dem gesamten deutschen Volk abzugeben hat, so resultiert auch im Volk die Sorge über die vorbereiteten Verträge und ihre Wirkungen nicht aus parteipolitischen und konfessionellen Grundhaltungen. Die Menschen spüren, welche unabsehbaren Risiken eingegangen werden sollen, ohne daß es Antworten auf die wichtigsten Fragen gibt. Oder wußte ein Abgeordneter der Koalition zu sagen, wann und wie denn nach Inkrafttreten der Verträge die Vereinigung mit der Ostzone auf friedlichem Weg noch erfolgen soll? Wie die Bundesrepublik angesichts schon einiger weniger Vertragsbestimmungen in den nächsten fünfzig Jahren die Gleichberechtigung erlangen könnte? Wo liegt der konkrete Grund für die Hoffnung, daß sich wenigstens das Kleinsteuropa aus der Bundesrepublik, Frankreich, Italien und den drei Benelux-Staaten zur wirklichen Einheit finden könnte? Und wessen Sicherheit wird eigentlich in Wahrheit vermehrt, wenn die seltsame europäische Armee durch deutsche Kontingente verstärkt wird? Wie würde denn ein Krieg, auf dessen Verhinderung wir nicht die geringste Einflußmöglichkeit erhalten sollen, für die Bundesrepublik aussehen? Fragen über Fragen, die sich dem Gewissen des Volkes und seiner Vertreter in Bonn stellen.

Der Bundeskanzler wird nun den Volksvertretern der Koalitionsparteien vielleicht nur zu sagen brauchen, eine Konkretisierung ihrer Sorgen in einem Nein im Bundestag würde das Ende der Koalition bedeuten können. Was sollen die so unter Druck gesetzten Abgeordneten schon machen? Einige wenige werden sich vielleicht der Abstimmung auf eine der möglichen Weisen enthalten und die anderen werden Ja sagen müssen. Das Schlimme daran ist nicht nur das Inkraftsetzen der Verträge und das Anlaufen ihrer gefährlichen Wirkungen, sondern sind auch die innerpolitischen Folgen für unsere parlamentarische Demokratie. Denn die CDU/CSU als eine der unseren Staat mittragenden Kräfte wird sich wohl keiner Täuschung darüber hingeben, welchen rechtsradikalen Kräften gerade sie einen neuen Weg bereitet, wenn sie als eine "christliche Union" den von Adenauer gewollten Verträgen folgt.

Malan setzt zum Hauptstoß an

Von unserem Korrespondenten in Südafrika

Es bestehen kaum Zweifel, daß der streitbare Ministerpräsident der Südafrikanischen Union, Malan, auch seine letzte Gesetzesvorlage durchbringen wird, die praktisch auf eine Entmachtung des Obersten Verfassungsgerichtes hinausläuft. Die Auseinandersetzungen darüber berühren die Grundlagen des Staates. Schon hat die Opposition, die sich größtenteils auf die englisch sprechende Bevölkerung und auf die Kriegsveteranen-Verbände stützt, angekündigt, daß sie im Notfall den Kampf gegen Malan auch außerhalb des Parlamentes führen werde. Die Kluft, die innerhalb der weißen Bevölkerung durch das verfassungswidrige Vorgehen des südafrikanischen Ministerpräsidenten aufgerissen wurde, stellt heute das Zusammenleben beider Volksteile und damit die Existenz der Union in Frage.

Worum geht es? Juristisch gesehen um eine Klage von vier Kap-Farbigen gegen die Regierung, die inzwischen vom obersten Gericht der Union zugunsten der farbigen Kläger entschieden wurde. Damit ist rechtskräftig bestätigt, daß ein vom Parlament im vorigen Herbst beschlossenes Gesetz, das den etwa 400000 Farbigen der Kap-Provinz das Wahlrecht nahm, null und nichtig ist. Und zwar deshalb, weil ein solches Gesetz einer Verfassungsänderung gleichkommt, die nur mit einer gemeinsamen Zweidrittelmehrheit beider Häuser des Parlamentes erwirkt werden kann. Die Regierung weiß natürlich genau, daß sie bei ihrer verhältnismäßig schwachen Mehrheit (im Unterhaus 79 von 150 Sitzen) ein solches Ergebnis nie erreichen kann; darum arbeitet sie mit dem wirksamen Propagandatrick, es sei undemokratisch, wenn ein Gericht die Vollmacht habe, eine Entscheidung des vom Volke gewählten und dessen Willen repräsentierenden Parlamentes zu annullieren. (Wobei zu bemerken ist, daß dieses Parlament ja nur von der weißen Bevölkerung gewählt worden ist und im übrigen die fünf Richter des obersten Gerichtshofes von der Regierung selbst ernannt sind. Umso höher muß man ihren Mut zu einem einstimmigen Urteil gegen die Regierung einschätzen.)

Dies ist aber nur die juristische Seite der Angelegenheit. Worum es in Wirklichkeit geht (und weshalb die Politik der Regierung Malans auf so erbitterten Widerstand von Seiten der englisch-freundlichen "United Party" stößt) ist nur wenigen Beobachtern außerhalb der Union und Englands bewußt: Nämlich um die Loslösung Südafrikas aus dem Verband des britischen Commonwealth. Wenn heute die südafrikanische Regierung und die ihr ergebene Parlamentsmehrheit den Kap-Farbigen ihr Wahlrecht nehmen darf, das ihnen die Engländer vor hundert Jahren garantierten, wenn dieselbe Regierung sich nicht scheut, die Verfassung des Landes als fremdes Diktat zu bezeichnen (das Südafrika-Gesetz wurde ja vom britischen Parlament beschlossen) - wer garantiert dafür, daß sie nicht morgen die Abschaffung der Krone und die Ausrufung der Republik beschließt, Afrikaans zur einzigen Amtssprache macht und die im Lande befindlichen Engländer als Ausländer behandelt? Der erste Schritt dazu ist schon getan; auf Mützenbändern und Schiffsplanken der südafrikanischen Kriegsmarine wurde die Bezeichnung "H.M.S." ("Her Majesty's Ship") in "S.A.S." ("South African Ship") umgewandelt ...

Wettlauf ohne Ende

-ler. Eines bedingt das andere. Den Anstoß zur Spaltung des besetzten Deutschlands gab die Sowjet-Union. Alles, was seitdem als Aktion und Gegenaktion erfolgte - der Zusammenschluß der Westzonen, die Bildung zweier deutscher Staaten mit völlig auseinanderfallenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebensformen - ist die Folge jenes unseligen ersten Aktes. Aber noch wurde nichts Unwiderrufliches getan, noch sind keine unverrückbaren Tatsachen geschaffen worden. Alles befindet sich noch im Stadium der Zwischenlösungen, der Halbheiten, des gegenseitigen Abtastens und des Experimentierens. Nicht mehr lange: Die deutsche Unterschrift unter den Generalvertrag und seine Zusatzverträge wird, wie ein regierungstreuer Publizist es überzeugend belegte, die Unterschrift unter die Teilungs-Urkunde Deutschlands sein.

Man mag nun in der am 1.Mai ausgesprochenen Drohung Wilhelm Piecks

"...wenn durch die westdeutsche Bevölkerung die militärische Einbeziehung der Jugend... nicht verhindert und damit die Gefahr des amerikanischen Krieges gegen den Osten heraufbeschworen wird, so ergibt sich daraus für die DDR die Notwendigkeit, die bewaffnete Verteidigung unserer Heimat zu organisieren"

eine der üblichen Propaganda-Phrasen sehen. Pieck ist nicht der Kreml. Die "bewaffnete Verteidigung" der Sowjet-Zone ist, wenn auch die Berichte über das Ausmaß der dortigen Remilitarisierung aufgebauscht sein mögen, schon seit langem im Gange. Die sowjetzonalen Polizeieinheiten bilden den militärischen Kern einer Armee, den die deutschen Handlanger Moskaus bisher schamhaft verschwiegen haben. Zwar reichen sie für militärische Abenteuer nicht aus, immerhin erfüllen sie die Funktion einer Hausmacht, verhältnismäßig klein an Zahl und schwach an schweren Waffen, ausreichend jedoch, um die SED-Garnitur vor inneren Überraschungen zu schützen.

Diese getarnte Armee wird nie, falls es Moskau nicht will - und dagegen sprechen alle Anzeichen - eine selbständige Rolle spielen. Die Berufung auf die jenseits der Elbe versammelte sowjet-zonale Polizeimacht als Begründung für den deutschen Verteidigungsbeitrag zeugt von ungenügendem politischem Tatsachensinn. Daß drüben

in Uniform gepreßte Deutsche stehen, ist kein hinreichender Grund, nun auch auf westdeutscher Seite jungen Menschen ein europäisch drapiertes Soldatenkleid aufzudrängen.

Kennt dieser Wettlauf, den anderen immer noch zu übertrumpfen, keine Grenzen? Im Verlauf des zweiten Weltkrieges gab es einen erstaunlichen Vorgang. Es vollzog sich allmählich eine Gleichschaltung der Kriegsmethoden bei den Kriegführenden, die es heute schwer macht, etwa in der rücksichtslosen deutschen Bombardierung von Rotterdam und Warschau und jenen letzten Luftangriffen auf die deutschen Großstädte in der letzten Phase des Krieges noch einen Unterschied zu sehen. Höchstens war er quantitativ. Dieser Kreislauf von gegenseitigem Übertrumpfenwollen (der schließlich auf der gleichen bösen Ebene endete) fand mit der bedingungslosen deutschen Kapitulation seinen Abschluß - aber auch die Politik der Siegermächte hatte vor den Leidenschaften und dem Haß kapituliert, die im Gefolge des Krieges auftraten. Die Westalliierten gaben vieles von den moralischen Werten preis, um deren Erhaltung willen sie den Krieg führten - von den politischen Einsichten, die man etwa noch 1939/40 besaß, ganz zu schweigen

Stehen wir wieder vor dem Beginn eines Kreislaufes, dessen Ende man nur mit Schrecken zu ahnen vermag? Die Einbeziehung der Bundesrepublik in die westliche Verteidigungsgemeinschaft, die Aufstellung deutscher Truppenkontingente im Rahmen der "Europa-Armee", die freiwillige Bindung an die Entscheidungsgewalt der Westalliierten muß, - es gehört nicht viel Phantasie dazu, das voraussehen, - verhängnisvolle Rückwirkungen auslösen. Deutsche Wiederbewaffnung, dazu ohne ausreichenden effektiven Schutz durch die Westmächte, im Westen, vollständige Unterwerfung der Sowjetzone in den gewaltigen Machtbereich des Ostens, dazwischen ein kaum mehr noch zu überbrückender Graben tödlichen Mißtrauens - das ist ein wahrhaft düsteres und beklemmendes Bild der deutschen Zukunft.

Wer wird dann der Schuldige sein? Nur allein die Sowjet-Union? Sie in eine Situation zu bringen, in der sie leicht auf Kosten der 18 Millionen ihr ausgelieferter Deutschen explosiv reagieren könnte, das mag zwar als falsch gelten, mehr aber ein Zeichen von eigener schuldhafter Verstrickung sein.

Kein unbilliges Verlangen

(sp) In Organen, die der Bundesregierung nahestehen, hat man es der Labour-Party verübelt, daß sie sich in einer Entschliebung für eine Viermächte-Konferenz und dafür eingesetzt hat, "daß in Westdeutschland freie Wahlen abgehalten werden sollten, bevor die Regierung Adenauer sich auf einen deutschen Beitrag an die europäische Verteidigungsgemeinschaft verpflichten werde" (Reuter). Vor allem in der zweiten Forderung sieht man eine unzulässige Einmischung in deutsche Fragen.

Zunächst überzeugt es nicht besonders, wenn mit solcher Empfindlichkeit gerade in den Kreisen reagiert wird, welche im Begriffe sind, Verträge abzuschließen, die eine fremde Einmischung durch die eigene Unterschrift für eine nicht abzusehende Zeit selbst zu einer ständigen legitimen Einrichtung machen. Viele Abgeordnete, auch der Regierungsparteien, haben gerade eben erkennen lassen, daß sie sich besonders gegen die Bestimmungen des Vertragswerkes wenden, die das Interventionsrecht der Besatzungsmächte von heute bzw. der erhofften Verbündeten von morgen auf die Dauer verankern.

Zum andern: Labour ist in England die stärkste Partei, auch wenn die Konservativen die Regierung bilden. Sie war es, mit sehr geringer Mehrheit, schon am Wahltag, sie ist es heute, nach dem großen Sieg bei den Kommunalwahlen, sicher mit viel größerem Stimmenvorsprung als damals. Sie hat damit zu rechnen, eines vielleicht nicht so fernen Tages wieder die Verantwortung übernehmen zu müssen. Sie hat deshalb ein natürliches Interesse an einer stabilen innerpolitischen Fundamentierung eines künftigen Partners und davon zu wissen, daß schwerwiegende Verpflichtungen dieses Partners von einer wirklichen tragfähigen Mehrheit des Volkes anerkannt werden. Labour zieht mit ihrem Wunsch einfach die Folgerung aus der unbestrittenen Tatsache, daß Adenauer heute im deutschen Volk keine Mehrheit für seine Wiederbewaffnungspläne besitzt, zumal es inzwischen sogar fraglich geworden ist, ob er auch nur im Bundestag von 1949 darüber verfügt.

Darin ist der Wunsch begründet, daß in Deutschland neu gewählt werde, **b e v o r** der deutsche Beitrag ratifiziert wird. Wohlge-merkt: Es ist nicht von vorzeitigen Neuwahlen die Rede. Aber die Labour-Delegierten haben am 27. April in Bonn darauf verwiesen, wie wichtig es wäre, die Entscheidung des obersten deutschen Gerichtes zur Frage der sozialdemokratischen Feststellungsklage abzuwarten.

Das ist alles. Man kann also in den Labour-Vorschlägen an die britische Regierung, im Sinne ihrer Vorstellungen Initiative zu entfalten, auch vom deutschen Standpunkt aus kein unbilliges Verlangen erblicken.

+ + +

Verantwortlich: Peter Reunau